



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Fachaufsicht über hessische Psychiatrien stärken**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 01 Ministerium
Buchungskreis: 2700

Produktnummer lt. Leistungsplan 7

Bezeichnung lt. Leistungsplan Gesundheit

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	42.610,9	+131,8	42.742,7
Produktabgeltung	42.575,8	+131,8	42.707,6

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Bereich der für Psychiatrie zuständigen Fachaufsicht werden 2 Stellen zusätzlich geschaffen.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Es gibt fortgesetzte Beschwerden über die stationäre Versorgung im Bereich der hessischen Psychiatrie und der Forensik. Die Veröffentlichungen des Teams Wallraff 2018 sind nur die Spitze des Eisbergs. Inzwischen musste auch das Hessische Sozialministerium einräumen, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Eins-zu-Eins-Betreuung bei Fixierungen in Hessen nicht immer eingehalten wurden und es demzufolge zu schweren Grundrechtsverletzungen gekommen ist. Nur: Seitens der Fachaufsicht werden keine entschiedenen Gegenmaßnahmen ergriffen. Auf Nachfrage wird die dünne Personalbesetzung als Grund genannt. Diesem Missstand muss demzufolge mithilfe einer Personalaufwuchses abgeholfen werden.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske